

Wertfreiheit und die Konstitution der Soziologie in Deutschland¹

Otthein Rammstedt

Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Postfach 8640, D-4800 Bielefeld 1

Zusammenfassung: Der Beitrag geht der Frage nach, warum sich die Deutsche Gesellschaft für Soziologie gründenden Sozialwissenschaftler 1909 so schnell und diskussionslos auf die Werturteilsfreiheit als demonstrativen Programmpunkt einigen konnten. Die Antwort wird darin gesehen, daß das dort als Prinzip angesprochene Phänomen ihnen seit den 1890er Jahren vertraut und selbstverständlich war. Zum einen, aufgrund des während und nach der „Ära Stumm“ auf sie ausgeübten politischen Druckes, zum anderen – tiefgreifender und folgenreicher – als Folge des einsetzenden Zweifels am Fortschritt, der die bislang bestehende Verflechtung von Positivismus und Sozialismus löst. Das Wertfreiheitsprinzip erklärt sich so als Resultat der generationsspezifischen gemeinsamen Erfahrung der Gründungsmitglieder der DGS.

Als die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) 1909 gegründet wurde, legte sie besondere Bedeutung auf den sogenannten Aspekt *Wertfreiheit*. Folgerichtig wurde er im § 1 der Satzung verankert: „Sie [i. e. DGS; O. R.] gibt allen wissenschaftlichen Richtungen und Methoden der Soziologie gleichmäßigen Raum und lehnt die Vertretung irgendwelcher praktischen (ethischen, religiösen, politischen, ästhetischen usw.) Ziele ab“ (Soziologentag 1910: V); folgerichtig betonte Ferdinand Tönnies als Vorsitzender der DGS seine Bedeutung in der Eröffnung des ersten Soziologenta-

ges (Soziologentag 1910: 19ff.); folgerichtig ging Max Weber in seinem Geschäftsbericht bei dieser Veranstaltung auf die *Werturteilsfrage* – mit erhobenem Zeigefinger – ein (Soziologentag 1910: 39f.).

Die „Ausschließung von Werturteilen“ scheint uns aus heutiger Sicht das Credo der jungen deutschen Soziologie zu sein. Zwar offenbarte sie sich bereits auf dem zweiten Soziologentag 1912 als unfruchtbar (Wiese 1959: 12f.), aber sie blieb bis 1930 ungebrochen ein Mittel der Ausgrenzung, sei es, daß Stellungnahmen auf Soziologentagen unterbrochen, abgebrochen oder im nachhinein disqualifiziert wurden: So bemerkte Hermann Kantorowicz zur Geschäftsordnung auf dem angesprochenen Soziologentag (1910: 314): „Ich möchte doch an den Herren Vorsitzenden eine kleine herzliche Bitte richten. Es ist an sich ein Schauspiel der merkwürdigsten Art und noch nicht dagewesen, daß ein methodologisch-philosophisches Prinzip, nämlich der Ausschluß von Werturteilen, zu einem Punkt der Geschäftsordnung gemacht werden kann. Das ist auch nur in unserem methodologischen Zeitalter möglich. Ich meine, es geht, daß wir diese Norm als Gesetz aufstellen. Aber es fragt sich, soll dieses Gesetz gehandhabt werden als präventives, als Polizeigesetz, oder – was meines Erachtens allein zweckmäßig ist – repressiv, in Form nachträglicher Rügen“; sei es, daß sie der am meisten genannte Grund für den Austritt aus der DGS war, so am eindrucksvollsten bei Max Weber selbst (M. Weber 1950: 468f.).

Verfolgen wir einmal nicht die Frage, warum die DGS dieses Credo erließ und welche Funktion es für die DGS hatte und bekam – was mit Marianne Weber, als bisher einziger Quelle, immer wieder beantwortet wird –, sondern fragen wir, warum die die DGS gründenden Sozialwissenschaftler sich

¹ Die Studie verfolgt nicht die methodologischen Aspekte der „Werturteilsfreiheit“. Verwiesen sei bei dieser Frage auf Albert/Topitsch (1979), Beck (1974) oder Schluchter (1980).

Es geht auch nicht um eine ideengeschichtliche Reflexion, die für die Soziologie notwendigerweise bei Saint Simon und dem frühen Positivismus Comtes anzusetzen hätte, oder für die Philosophie unabdingbar Wilhelm Windelbands Straßburger Rektoratsrede „Geschichte und Naturwissenschaft“ von 1894, ihre Bezüge zur Wertlehre Lotzes und ihre Auswirkungen auf die Südwestdeutsche Schule, vor allem natürlich auf Rickert berücksichtigen müßte. Verwiesen sei hier auf Wagner (1987) und Köhnke (1986).

Letztlich sei vorausgeschickt, daß das Referat auf Materialien fußt, die in einem von der Stiftung Volkswagen ermöglichten Projekt zu Simmels Kontext in den 90er Jahren ermittelt wurden. Ein Ergebnis dieses Projekts ist von mir, in Zusammenarbeit mit Heinz-Jürgen Dahme und Klaus Christian Köhnke, als Buchmanuskript erstellt worden, das unter dem Titel „Die Herausbildung der Soziologie in Deutschland des 19. Jahrhunderts“ 1988 erscheinen wird.

Eine gekürzte Fassung wurde beim „Dritten Tönnies-Symposium“ vorgetragen, das vom 6. bis 8. November 1987 in Kiel stattfand.

auf die *Werturteilsfreiheit* als demonstrativen Programmpunkt einigen konnten.

War es wirklich die Absetzung zum „Verein für Sozialpolitik“, wie seit den 20er Jahren immer noch unisono betont wird? (M. Weber 1950: 463; Kern 1982: 119ff.; Karger 1978: 106ff.; Käsler 1981: 203ff.; Stöling 1986: 49ff.). Läßt sich wirklich mit Otto Stammer konstatieren: „Abgestoßen von den internen Auseinandersetzungen über gesellschaftspolitische Streitfragen im alten Verein für Socialpolitik hatte er (i. e. Max Weber; O. R.) gemeinsam mit Troeltsch, Simmel, Tönnies, Sombart und vielen anderen bekannten Gelehrten die Gründung dieser Gesellschaft lebhaft begrüßt“? (Soziologentag 1965: 7; vgl. v. Wiese 1959; Honigsheim 1959).

Unbestritten hat es im Verein für Socialpolitik, insbesondere auf der Wiener Tagung 1909, scharfe Konflikte gegeben. Aber keiner der Oppositionsgruppe, weder Max Weber noch Alfred Weber noch Werner Sombart verließen den Verein für Socialpolitik (Lindenlaub 1967: 440). Ja, Max Weber beteiligte sich vereinsintern auch weiterhin an der Diskussion über Werturteile (Max Weber 1911, als Vorlage für Max Weber 1917; vgl. Fügen 1985: 88ff.), ohne einen Bruch hier nur anzudeuten oder die DGS auch nur zu erwähnen. Unbestritten war Max Weber an der Konstitution der DGS beteiligt. Aber nichts spricht nach heutiger Kenntnis der Aktenlage dafür, Max Weber als *spiritus rector* zu bezeichnen, oder die DGS als Anti-Verein für Socialpolitik zu interpretieren – wenn man einmal Marianne Weber nicht blindlings folgt.

Vielmehr scheint Skepsis geboten. Denn läßt sich vereinbaren, daß die DGS mit der zum Gesetz erhobenen Norm der *Werturteilsfreiheit* bewußt gegen die Prinzipien im Verein für Socialpolitik gegründet wurde und zugleich das Vorstandsmitglied Georg Simmel in offizieller Funktion Gustav Schmoller die Ehrenpräsidentschaft in der DGS brieflich anträgt? Oder läßt sich vereinbaren, daß Max Weber als Initiator der DGS genannt wird (Wiese 1959), wenn Georg Simmel Ende 1908 (sic!) Max Weber von der bevorstehenden Gründung einer Deutschen Gesellschaft für Soziologie brieflich erstmals unterrichtet und hofft, „auch ihn für den Plan zu interessieren“?

Zudem muß man sich die Liste der Personen einmal genauer anschauen, die 1909 die Einladung zur Gründung der DGS unterzeichneten (Soziologentag 1910: V, IX), dann wird das hohe Durchschnittsalter und die weite repräsentative Streuung der

verzeichneten Sozialwissenschaftler augenfällig. Wenig realistisch scheint eingedenk dessen, daß sich diese 39 Wissenschaftler auf die *Werturteilsfreiheit* als charakterisierendes Prinzip der Soziologie als eine Art Glaubensbekenntnis einigten. Daß so hoch die *Werturteilsfrage* in der DGS auch nicht eingestuft wurde, dafür kann wieder auf Georg Simmel verwiesen werden: In einem Brief an den Vorstand der DGS (11. 7. 1913; Tönnies-Archiv) relativiert er einen von Herkner erhobenen Vorwurf der Verletzung des Prinzips der *Werturteilsfreiheit* mit: „Es gibt überhaupt keinen Beschluß eines Vorstandes, den man *nicht*, wenn man wollte, als *subjektives Werturteil* bezeichnen könnte; z. B. schon die Wahl der Referenten für die Tagung ist ein *Werturteil*“.

Und schließlich fällt auf, daß das Prinzip der *Werturteilsfreiheit* diskussionslos in der DGS hingenommen wurde. Daraus darf man aber nicht schließen, daß die Implikationen dieses Prinzips allen klar waren. Selbst die oben schon angesprochenen Ausführungen von Tönnies und Weber auf dem ersten Soziologentag sind nicht durchgehend kompatibel.

Webers Forderung nach der *Werturteilsfreiheit* weist vornehmlich *zwei* Komponenten auf. Einerseits fordert er, daß sich der Wissenschaftler grundsätzlich aller Wertungen enthalte, zumindest sollte jedoch, sofern dies nicht möglich sein sollte, eine Trennung von Wertungen und Tatsachen vorgenommen werden. Daß diese Differenzierung, die schon von Sigwart (1873: 160) mit der Unterscheidung zwischen Urteil und Beurteilung angesprochen war, nicht immer einfach sei, gesteht Weber zu, der Einwand reiche jedoch nicht aus, die Forderung fallenzulassen. So sieht er auch das Problem, daß bei der Auswahl des wissenschaftlichen Objekts Wertungen eine Rolle spielen, die Auswahl selbst also schon nicht wertfrei erfolgt. Das eigentliche und auch tieferliegende Interesse Webers liegt in der zweiten Komponente: „dabei geht es um die Beziehung zwischen den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung und den Werten des Forschers“ (nach Käsler 1978: 159). Da jedem Handeln, auch dem des Forschers im Forschungsprozeß, Werte, bedingt durch historische und persönliche Umstände, zugrunde liegen, die nicht einfach als Tatsachen hingenommen werden können, müssen diese der wissenschaftlichen Kritik zugänglich gemacht werden. Um diese untersuchen zu können, schlägt Weber vier Schritte für die weitere Vorgehensweise vor (1921: 547ff.).

Um ein Untersuchungsobjekt zu verstehen, bedarf es bestimmter Werte, damit die Wirklichkeit nicht ein ungeordnetes Chaos bleibe; die Komplexität mache schon die Beschreibung alles Vorfindlichen unmöglich. Somit hätten die Wertideen entscheidende Bedeutung für die Ergebnisse wie für die Auswahl des Forschungsobjekts. „Erkenntnisinteresse und Wertideen stellen die Wertbe-

ziehung zwischen Forscher und Forschungsgegenstand her und haben für die Forschungsergebnisse entscheidende Bedeutung“ (Käsler 1978: 161). Mit dem Wandel der Wertideen wandelten sich auch die Forschungsgegenstände. Einen Fortschritt im Bereich der Wissenschaft sieht Weber in der Anpassung der Begriffe und Instrumente zur Erfassung der Wirklichkeit.

Demgegenüber Tönnies. In seiner Eröffnungsrede von 1910 geht er auf die Ziele der Soziologie und auf die Position zu den Werturteilen ein. Auch wenn „all unser Denken und Erkennen im Dienste des Wollens“ (Soziologentag 1910: 18) steht, sollte doch eine Trennung zwischen Theorie und Praxis vorhanden sein. „Denn Differenzierung, Scheidung, Arbeitsteilung ist ja das große Gesetz der Entwicklung. Darum wachsen und entfalten die Wissenschaften sich um so kräftiger, je mehr sie von allen unmittelbaren und mittelbaren Einflüssen der Willenstendenzen, der praktischen Interessen sich ablösen und befreien“ (Soziologentag 1910: 19). So hofft er auf Konsens, die Soziologie außerhalb der Streitfragen des Wollens setzen und abgrenzen zu können, sie „auf die so viel leichter lösbaren Aufgaben objektiver Erkenntnis der Tatsachen einzuschränken. Wenngleich eingeräumt werden muß, daß die vollkommene Objektivität ein unerreichbares Ideal bedeutet, so kann man sie doch mit aller Energie des Willens zur Erkenntnis erstreben und durch solches Streben sich ihr bis zu unbestimmbarem Grad nähern: und dies sei unser Programm“ (Soziologentag 1910: 23).

Angesichts dieser Widersprüche schon zwischen Weber und Tönnies noch einmal die Frage: Weshalb konnten sich die an der Gründung der DGS beteiligten Sozialwissenschaftler auf das neu anmutende Prinzip der Werturteilsfreiheit einigen?

Und unsere vorläufige Antwort lautet:

Deshalb, weil ihnen das als Prinzip angesprochene Phänomen längst vertraut war, ihnen selbstverständlich schien.

Diesem Gedanken will ich im weiteren folgen. Damit greife ich zwei Hinweise auf: In einem Brief von 1932 behauptet Johann Plenge, schon vor der Jahrhundertwende die Werturteilsfreiheit vertreten zu haben (Archiv, U. B. Bielefeld); und der zweite Hinweis findet sich in Werner Sombarts Autobiographie-Vortrag von 1933 (1933: 432), in dem es heißt, er habe sich in seinen Vorlesungen „stets strengste Reserve auferlegt und die Grenzen des Wissenschaftlers niemals überschritten ... (Meinen intimen Freunden sei gesagt, daß damals [ca. 1895/96; O. R.] meine These von der *Wertfreiheit* der Nationalökonomie entstanden ist)“.

Gestützt werden diese Hinweise bei einem Blick in die soziologische Diskussion der 90er Jahre. Denn dem Sinn der Werturteilsfreiheit gemäß stoßen wir auf eine Vielzahl von Belegen, die jedoch formal

recht unterschiedlich sind und in unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen stehen. So meint z. B. Ferdinand Tönnies, daß „Takt und Gewissen“ den „echten Gelehrten“ in Distanz zur parteipolitischen Einseitigkeit halte (1896: 86); so bereitet z. B. Georg Simmel 1893 eine „Zeitschrift für Soziologie“ vor, die „unter völligem Ausschluß aller praktischen Sozialpolitik ... Induktionsmaterial sammeln [soll; O. R.], um die Folgen der Vergesellschaftung überhaupt ... festzustellen“ (Brief an Ward; GSGA, Transkription Köhnke); so griff derselbe Simmel schon in der Einleitung zur „Einführung in die Moralwissenschaft“ (1892: 9, 54, 72) die Kant'sche Trennung zwischen Sein und Sollen auf, derzufolge dann das Objekt der Soziologie das sei, was geschehe, dieses im Gegensatz zum Objekt der Ethik, das das umfasse, was geschehen solle. Daher sei es für die Soziologie unzulässig, *Werturteile* in die „wissenschaftliche Aufgabe, die nur empirische ... Wirklichkeiten feststellen soll“, einfließen zu lassen (Simmel 1893a: V). Und die andere Seite ist auch vertreten – und scheinbar auch damals schon durch Gustav Schmoller. In seiner Rektoratsübernahme-Rede vom Oktober 1897 meinte er (1897: 339):

Besonders das Wissen auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre sei auch heute noch sehr lückenhaft, was zum einen durch das schwierige Objekt selbst, zum anderen durch die Abhängigkeit der Volkswirtschaftslehre von den Fortschritten in den Nachbardisziplinen bedingt sei. Aufgrund der Lückenhaftigkeit sei der Wissenschaftler „immer wieder auf Schätzungen, unsichere Vermutungen, auf tastende Werturteile, auf Hypothese und Wahrscheinlichkeiten“ angewiesen. Dieses steigere sich „lawinenartig“, je kompliziertere Gebiete zu bearbeiten und je größere Fragen zu beantworten seien; die großen und letzten Fragen lägen noch im „Halbdunkel des Ahnens, Hoffens und Glaubens“ verborgen.

Also schon damals in den 90er Jahren: hier Schmoller gegen dort Soziologen?

Das ist nur äußerlich. Denn Schmoller verwahrt sich energisch gegen die Gleichsetzung von Moral- und Naturgesetzen, also von „Gesetzen des Sollens und Seins“, und er wendet sich gegen die Deduktion der Wirklichkeit aus wenigen letzten Prämissen, die Ursache und logischer Grund verwechseln ließen (1893: 89, 95).

Auch fühlen sich Tönnies und Simmel mit der von ihnen betonten *Wertfreiheit* nicht in Opposition zu Schmoller; sie sind nicht nur, wie auch die beiden Weber, dem Verein für Socialpolitik verbunden, sondern zudem auch – damit politisch noch engagierter als Schmoller und die meisten Kathedersozialisten – dem politisch organisierten Sozialismus

zugetan. Tönnies hielt 1893 für seinen Bekanntenkreis den Beitritt zur „soc. dem. Partei“ als „eine für viele Herren erlösende Tat“, und Simmel publizierte zur gleichen Zeit eifrig in sozialdemokratischen Blättern. Und weder Simmel noch Tönnies sahen hierin einen sich selbst verleugnenden Widerspruch.

Die Front verläuft also anders.

Schmoller bezieht in seiner Rektoratsrede noch einmal Stellung gegen die Diffamierung der Kathedersozialisten, die 1894/95 fast sprunghaft einsetzte und während der sogenannten „Ära Stumm“ ihren ersten Höhepunkt fand. So geiselte Freiherr von Stumm-Halberg in seiner Reichstagsrede am 9. Januar 1895 das „Kokettieren gewisser gebildeter, namentlich gelehrter Kreise mit der Sozialdemokratie, mit der Revolution, ganz ähnlich, wie das kurz vor der französischen Revolution geschehen ist. Meine Herren, es hat sich namentlich hier in Berlin ein vollständiger Universitätssozialismus herausgebildet; diese Herren herrschen ebenso unbeschränkt in ihren Kreisen wie der Führer der Sozialdemokratie. Jeder Gelehrter, namentlich jeder Professor der Nationalökonomie, der nicht in das sozialistische Horn stößt, wird wie dort boykottiert, er wird verfolgt, wird für unwissenschaftlich ausgegeben und kommt nach keiner Richtung vorwärts. Das sind die Leute, welche unsere jungen Beamten ausbilden“ (Reichstag 1894/95: 210f.).

In breiter Front werden die Angriffe gegen die Kathedersozialisten wie gegen die philosophischen Entwicklungstheoretiker – Paulsen wird namentlich angeführt –, gegen die Darwinisten wie gegen die protestantischen Sozialreformer – erwähnt wird Naumann –, vorgetragen. Und in die Schußrichtung geraten hier auch naturalistische Dramatiker wie auch sozialwissenschaftliche Studentenvereinigungen, die 1893/94 in Berlin, aber gleichzeitig auch in Breslau, Erlangen, Freiburg, Göttingen, Greifswald, Königsberg, Halle, Leipzig, Tübingen, Wien entstanden waren (Schultze 1895). Jeweils wird im Angriff unterstellt, es gebe eine auf Umsturz gerichtete Konspiration mit den Sozialisten und den Anarchisten. Und zudem verträten die Angegriffenen nicht mehr konstruktive Werte, vermittelten nicht mehr die „staatstragenden“ Ideen, die seit den Sozialistengesetzen so philosophiebestimmend geworden waren. Moral vs. Klassegegensatz (vgl. Köhnke 1986; 404ff.).

Ihren zweiten Höhepunkt erreicht das „Kesseltreiben gegen die Kathedersozialisten“ (Schäffle) 1897. Das preußische Kultusministerium sah sich

seit Jahren in der „Ära Stumm“ immer häufiger den Angriffen der Stumm-ergebenen Presse ausgesetzt, ein „kathedersozialistisches Hauptquartier“ zu sein (Wolf 1924: 221). Daher richtet das Ministerium kurzfristig zwei nationalökonomische *Strafprofessuren* ein: Julius Wolf bekommt 1897 eine Professur in Breslau zugesprochen; ein Vorgang, den Sombart als bewußten Affront werten mußte, hatte er sich doch 1893 im „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik“ mit Wolf über dessen „Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung“ mehrmals – gleichsam im Namen des Kathedersozialismus – angelegt; Wolf ist der bestellte Kontrolleur Sombarts – so empfindet es die Öffentlichkeit.

In Berlin wird ein Extraordinariat eingerichtet und der bis dahin völlig unbekannte Wiesbadener Amtsgerichtsrat Karl Theodor Reinhold berufen. In der Presse wird aus diesem Berufungsvorgang der „Fall Reinhold“; denn so angesehenen Volkswirten wie Schmoller und Wagner einen „Niemand“ wie den Juristen Reinhold als Kollege zur Seite zu stellen, und dies noch an der Berliner Universität, also im damaligen Zentrum der akademischen Landschaft, das war ein Affront, das war eine demonstrative politische Entscheidung gegen Schmoller und Wagner und damit gegen den Kathedersozialismus. Reinhold, das war Strafe in Person seitens des preußischen Staates, das war die „Strafprofessur“. Aber das zuständige Ministerium – vor allem wohl Althoff – war klug genug, den Bogen nicht zu überspannen: Reinhold bekam keine Professur für Staatswissenschaften, wie sie noch Wolf in Breslau problemlos und diskussionslos zugestanden wurde, sondern eine *Professur für Sozialwissenschaft* (!). Noch 1896 hatte Tönnies beklagt, daß es „Sozialwissenschaften im offiziellen Sprachgebrauche der Universitäten noch garnicht“ gebe. Ein Jahr später gibt es sie, nur nicht in dem Sinne und in der Ausrichtung, wie es sich Reformer des akademischen Lebens – wie Tönnies – dachten.

Frühzeitig begriffen Sozialwissenschaftler und Soziologen, daß die Umsturzvorlage auch ihnen und ihren Arbeiten galt, und es verwundert nicht, daß bereits 1895 Gelehrte, wie Haeckel, Tönnies, Weber, Paulsen, Schäffle, Brentano, Wagner, Gumplowicz u. a. sich unmittelbar zur Wehr setzen, um die Gefährlichkeit der Umsturzvorlage für die Freiheit der Wissenschaften anzuprangern und die Entfaltungsmöglichkeit der Soziologie und der Sozialwissenschaften damit zu meinen. Aber die Verteidigung verläuft im Sande. Als bald resignieren

die ja zumeist jüngeren Soziologen – wie auch der Briefwechsel zwischen Tönnies und Paulsen belegt (1961: 314, 324) –, wenn nicht die Nicht-fest-Etablierten sich gar aus der Soziologie zurückziehen. So in etwa auch Simmel, der zwar seine Produktion nicht einschränkt, aber ab 1897 neben Vorabdrucken seiner „Philosophie des Geldes“ (1900) – wohl nicht zufällig *Philosophie* (!) des Geldes“ – und den anonymen Beiträgen in der „Jugend“ plötzlich weniger Interesse an der Soziologie zeigt.

Wurde es nach 1895 wieder üblich, als Sozialwissenschaftler sich vom Sozialismus zu distanzieren, so gilt das nach 1897 quasi als Pflicht. Aber der Ära Stumm gelingt es nicht mehr, mit der Verketzerung des Begriffs „sozialistisch“ den Siegeszug des Begriffs „sozial“ zu beeinträchtigen, wie es noch in den 70er Jahren möglich gewesen war: Mit den Sozialistengesetzen endete 1878 ruckhaft der erste Etablierungsversuch der Soziologie. Das ist in den 90er Jahren nicht mehr möglich. In der Zwischenzeit war die Dimension „Soziales“ gesellschaftlich verinnerlicht. Das heißt für diese Zeit, daß es selbstverständlich ist, um die Möglichkeit gesellschaftlicher Folgen aller Ereignisse im Rahmen der Gesellschaft zu wissen. Ökonomische, politische, kulturelle oder rechtliche Ereignisse können nicht nur gesellschaftliche Folgen zeitigen, sondern sie haben ganz bestimmt solche Folgen. Ja, es scheint nun unmöglich, solche Folgen überhaupt noch in Frage zu stellen (Rammstedt 1987).

Die ab Ausgang des letzten Jahrhunderts in den Reihen der Soziologie als selbstverständlich instellte Trennung zwischen „sozial“ und „sozialistisch“ – die umgekehrt die Sozialdemokratie nach der Wissenschaftlichkeit des Sozialismus fragen läßt (Bernstein 1901) – findet sich im Werturteilspostulat als Forderung der Unparteilichkeit wieder. So Tönnies 1896 (86f.), so Tönnies 1910 (20f.). Aber die Trennung zwischen „sozial“ und „sozialistisch“ hat auch eine tiefere Schicht, die ebenfalls bei Tönnies – rückblickend 1908 – angesprochen wird.

Da schreibt er (1908: 33):

„Mit dem allmählichen Durchdringen der Abstammungslehre in der Gestalt des Darwinismus, überhaupt auf dem Siege der Naturwissenschaft, der in Herbert Spencers allgemeiner Entwicklungslehre einen großen philosophischen Ausdruck fand, wurden die alten romantischen Träume, die zur Rettung religiöser Vorstellungen ersonnen waren, haltlos. Nahe schien es zu liegen, die sozialistischen Ideen mit dem Gedanken der Menschheit = Vervollkommnung zu verflechten, also die Verwirk-

lichung als Endstück eines stetigen Fortschritts der Zivilisation vorzustellen“.

Und diesem von Tönnies als „Verflechtung“ bezeichneten sozialistischen Positivismus sind alle die Sozialwissenschaftler, die wir heute für die Soziologie vereinnahmen, in den frühen 90er Jahren verpflichtet: Tönnies wie Sombart, Schäffle wie Schmoller, Barth wie Simmel, um nur einige zu nennen. Alle diese hätten das unterschrieben, was Simmel beispielsweise (1893b) formulierte:

„Es ist eine der höchsten Aufgaben der Menschheit, daß sie an die Stelle der abgelebten Ideale, Hoffnungen und Gemüthsbedürfnisse im rechten Augenblick neue setze. Unsere Zeit ist an einem solchen Wendepunkt angekommen, wo die Werthe des Lebens, die Interessen des Herzens, die Ahnungen und Strebungen, die frühere Zeiten befriedigten, erblassen, und wo es sich zeigt, ob wir die Kraft haben, mit energischer Wendung unsere Ideale auf die sozialen Interessen zu übertragen, die den Leitstern der Zukunft bilden“.

Der mit Darwin „bewiesene“ Evolutionismus Spencers gehört zwischen 1890 und 1895 zum Credo der jungen Soziologie, zum Credo aller modernen Wissenschaft, ja zum Credo aller Modernität (vgl. Lublinski: 1904). Die Selbstverständlichkeit des Fortschritts erlaubt es den frühen Soziologen, die Welt so zu erfassen wie sie ist; also in Übereinstimmung mit dem Naturalismus, der ja von Sozialisten wie von Tönnies und Simmel begrüßt wurde (Brahm 1891: 201ff.; Musil 1955: 22f., 39, 156). Das „exakte Detailstudium des wirklichen sozialen Lebens“ (Tönnies 1896: 87) fußt einerseits auf Statistik, andererseits aber auf Ethnologie. Und ethnologisch werden „Monarchie als Institution, Ehe, Familie, Eigentum“, die in der „Umsturzvorlage“ der Ära Stumm „als Grundlagen der Gesellschaftsordnung“ festgehalten wurden (zitiert nach Schäffle 1895: 159), ebenso kritisiert, wie sie vom Naturalismus auf der Bühne problematisiert werden (vgl. Spielhagen 1895). Nur Gumpłowicz, im fernen Graz, kann in seiner Kritik der „Umsturzvorlage“ Thema für Thema noch gesondert von außen ansprechen und die soziologischen Erkenntnisse auflisten – und, voll dem allgemein geltenden theoretischen Ansatz der Soziologie entsprechend, die „Umsturzvorlage“ als „socialen Atavismus“ apostrophieren (1895d: 1152).

Liegt in der Ära Stumm die Ursache für die *rezitative* Trennung von „social“ und „sozialistisch“ durch die Soziologen, so wird dies ein Äußerliches, als sich gleichzeitig die von Tönnies angesprochene

Verflechtung von Positivismus und Sozialismus löst. Diese tut sich mit dem Zweifel an der Selbstverständlichkeit des Fortschritts auf und wird notwendig.

Auch nach der mit der Ära Stumm spürbar werdenden Wende sahen die Soziologen in der Soziologie eine Erfahrungswissenschaft, fühlen auch sie sich verpflichtet, die soziale Wirklichkeit einer Gesamtanalyse zu fassen, so geht ihnen mit der Skepsis gegenüber der Selbstverständlichkeit von Fortschritt ein Raster verloren, mit dem sich die Vielzahl der Gegenwartsdaten verorten und bewerten ließ. Vom „Henkel an der Vase“ bis zur „Arbeiterbewegung“, vom „Brief“ bis zur „Großstadt“, von der „Karikatur“ bis zur „Frauenfrage“, um beispielhaft Themen Simmels zu nennen, reicht die Palette soziologisch faßbarer Aspekte der gesellschaftlichen Wirklichkeit – und als Aspekte der Wirklichkeit waren sie erst einmal als gleichgewichtig anzusehen. Zwei Entscheidungen wurden in diesem Zusammenhang richtungweisend für die moderne Soziologie: Zum einen wurde am Positivismus festgehalten und sie als Apotheose des Wirklichen gefeiert. So heißt es in einem Zeitschriftenartikel – „Kinder des Positivismus“ – jener Tage:

„Nun endlich kommt das Zeitalter herauf, wo die Dinge zu ihrem Rechte kommen, die Worte und Begriffe als Mittel gewürdigt und gepflegt, aber nicht mehr überschätzt werden: das Zeitalter des Positivismus. Dabei muß es offenbar bleiben, es ist das letzte, das reifste.“

In dieses Zeitalter also sind wir als die ersten hineingeboren, nämlich gerade in die vollständige Vernichtung des Liberalismus. Der leitende Gedanke unseres Lebens spiegelt das in vollendeter Klarheit wider. Unsere Götter sind die Dinge. Die einzelnen Dinge. Wir haben den eisernen Willen, uns nie wieder enttäuschen zu lassen. Wehe dem Enttäuschten! Verachtung dem Enttäuschten! Wir wollen die Dinge behutsamer erfassen mit seinen unendlich feinen Sinnen, sie belauern, überraschen, mit ihren gar festen Farben und Schatten, die Stunde, den Augenblick möchten wir haschen, auf leisen Sohlen, wie den Schmetterling. Die Stimmung ... Kein Schlagwort, sondern ein Glauben, der neue, mißtrauische, aber sehnsüchtige Glauben. Darum sind wir als Künstler und Gelehrte auf die Sinne zurückgekommen. Der Leib sei das edelste Organ der Erkenntnis. Wir möchten als Künstler und als Gelehrte um keinen Preis zu viel sehen, uns nicht belügen. Diese tief ehrfürchtige Bescheidenheit ist der Realismus. So schleichen

wir listig und leise an die Natur heran“ (Scheu 1898: 92).

Die gesellschaftliche Wirklichkeit darf und soll also nicht mehr als Schein abgetan werden, und der Soziologe soll sich nicht mehr als Prophet einer wirklichen zu verwirklichenden Gesellschaft ausgeben. Das gesellschaftliche Sein sei vielmehr nur in seinen erfahrbaren Tatsachen zu fassen. Simmel unterschied daher jetzt in Rückgriff auf Kant zwischen Sein und Sollen. Und in diesem Sinne heißt es bei der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie bei Ferdinand Tönnies:

„Wir wollen also als Soziologen uns nur beschäftigen mit dem, was ist, und nicht mit dem, was nach irgendwelcher Ansicht, aus irgendwelchen Gründen, sein soll. Unser nächstes Objekt ist die gegenwärtige Wirklichkeit des sozialen Lebens in ihrer unausmeßbaren Mannigfaltigkeit; von ihr aus führt der Blick notwendig zurück in die Vergangenheit, bis zu den Anfängen und Keimen der noch bestehenden, wie der untergegangenen Institutionen und Ideenwelten; tastet der Blick auch voraus in die Zukunft, aber nicht um sie zu gestalten, um ihr etwas vorzuschreiben, sondern lediglich als Prognose, um die wahrscheinliche fernere Entwicklung bestehender Zustände, Ordnungen, Anschauungen, nach Möglichkeit vorauszubestimmen, wobei dann die etwas voraussehende Rückwirkung solcher Erkenntnis auf die Handlungen der Menschen, auch auf unsere eigenen Handlungen, einer der mitwirkenden Faktoren ist, der in die Rechnung einzusetzen ist und die Prognose selber modifizieren kann“ (1910: 130f.).

Das Aufgeben des Fortschrittsglaubens läßt die Zukunft offen werden. Sie scheint machbar. Aber damit ist dann nicht nur die Zukunft kontingent, worauf die Utopien des 19. Jahrhunderts fußen, sondern kontingent ist jetzt auch die aktuelle Gesellschaft zu sehen. Aber die Beschränkung auf das Sein wirft zugleich die Frage auf, wie die Unzahl der Dinge zu fassen, zu ordnen oder überhaupt anzugehen ist. Und hier fällt die zweite Entscheidung mit der Antwort, wie sie Durkheim, Simmel und Weber – fast nebenbei – geben: *Modernität*. Im Anklingenlassen der zeitlichen Dimension, die in der binären Setzung Jetzt vs. Nicht-Jetzt mündet, wird Modernität als Teil eines Ganzen faßbar; zugleich meint aber Modernität ein Eigenständiges innerhalb des Jetzt, eine spezifische Eigenschaft der Gegenwart, die gerade nicht historisch ableitbar ist, nämlich ein *Neues*. Tritt dies im historischen Ablauf als *Erfindung*, als *Erschaffenes* auf, so hat es sich in seiner Eigenschaft als *Neues* in der

aktuellen Situation abzuheben gegenüber dem Beständigen. Modernität gilt den Soziologen also als Eigenschaft der je Gegenwart, indem sich etwas gesellschaftlich Neues vom Hintergrund der immerwährenden Gesellschaft abhebt: das Produzierte gegenüber dem Natürlichen, das Neue gegenüber dem Alten, das Plötzliche gegenüber dem Stetigen. Mit der Frage, was die gesellschaftliche Gegenwart als Gegenwart eigentlich ausmache, die der Thematisierung von Modernität zugrundeliegt, erhält die Soziologie die Chance, die erfahrungswissenschaftlich erhobenen Daten zu wichten. Die Skizzierung des *Wesens*, des *Eigentlichen* der gesellschaftlichen Gegenwart ersetzt nun die Blaupause der zukünftigen Gesellschaft.

Stellen wir jetzt noch einmal die Frage, weshalb sich die Gründungsmannschaft der DGS auf die Werturteilsfreiheit als zentrales Prinzip so schnell und diskussionslos einigen konnte, so drängt sich die Antwort quasi auf:

Seit der Ära Stumm war die Wertfreiheit als Prinzip in der deutschen Soziologie geläufig. So wundert es nicht, daß 1910 nur den jüngeren Soziologen und den Ausländern das Gespür dafür fehlte, daß die Wertfreiheit eine Selbstverständlichkeit sei, wie z. B. bei Rudolf Goldscheid aus Wien (Jg. 1870) oder wie bei Hermann Kantorowicz aus Freiburg i. B. (Jg. 1877).

Zudem wird mit dieser Antwort auch verständlich, weshalb die Bedeutung des Wertfreiheitsprinzips so schnell verloren ging, als jüngere Generationen in die DGS nachrückten.

Zwar ist das Wertfreiheitsprinzip 1910 bei Tönnies, Max Weber und im § 1 der DGS-Satzung so allgemein gefaßt, daß jedem Außenstehenden die Verbindung zu der besonderen Situation der Ära Stumm verborgen bleiben muß. Aber sie verbindet wohl unausgesprochen die Gründungsmannschaft der DGS.

Ob die Formulierung des Werturteilsprinzips andererseits zu allgemein geraten war, so daß ein sich selbst ergebender Rückbezug zu einer besonderen Situation unterblieb, scheint mir eine andere Frage.

Literatur

Albert, H./Topitsch, E. (Hg.), 1979: Werturteilsstreit. 2. Auflage Darmstadt: Wissenschaftl. Buchgesellschaft.
 Beck, U., 1974: Objektivität und Normativität. Reinbek: Rowohlt.

Bernstein, E., 1901: Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich? Berlin.
 Brahm, O., 1891: Naturalismus und Sozialismus. S. 201–208 in: J. Schütte/P. Sprengel (Hg.), 1987: Die Berliner Moderne 1885–1914. Stuttgart: Reclam.
 Brentano, L., 1895: Sozialpolitik und Umsturzvorlage. S. 397–407.
 Eleutheropoulos, A., 1904: Soziologie. 2. Auflage 1908. Jena: Dieterich.
 Fügen, N., 1985: Max Weber in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek: Rowohlt.
 Gumpłowicz, L., 1891: Soziologie und Politik. Ausgewählte Werke. Band IV, 1928, S. 119–334. Innsbruck.
 Gumpłowicz, L., 1895a: Sociale Sinnestäuschungen. Neue Deutsche Rundschau 6: 1–11.
 Gumpłowicz, L., 1895b: Das Eigentum als sociale Thatsache. Neue Deutsche Rundschau 6: 172–182.
 Gumpłowicz, L., 1895c: Die Monarchie. Neue Deutsche Rundschau 6: 529–541.
 Gumpłowicz, L., 1895d: Die Familie. Neue Deutsche Rundschau 6: 1143–1152.
 Haeckel, E., 1895: Die Wissenschaft und der Umsturz. S. 199.
 Honigsheim, P., 1959: Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in ihren geistesgeschichtlichen Zusammenhängen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11: 3–10.
 Käsler, D., 1981: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den Deutschen Soziologentagen 1910–1930. S. 199–244 in: M. R. Lepsius (Hg.): Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 23. Opladen: Westdeutscher Verlag.
 Karger, U., 1978: Institutionsgeschichtliche Zäsuren in der deutschen Soziologie. Dissertation. Bochum.
 Kern, H., 1982: Empirische Sozialforschung. München.
 Köhnke, K. C., 1986: Entstehung und Aufstieg des Neukantianismus. Frankfurt: Suhrkamp.
 Lindenlaub, D., 1967: Richtungskämpfe im Verein für Sozialpolitik. Wiesbaden.
 Lublinski, S., 1904: Geistige Struktur um 1890. S. 110–116 in: J. Schütte/P. Sprengel (Hg.), 1987: Die Berliner Moderne 1885–1914. Stuttgart: Reclam.
 Musil, R., 1955: Aus den Tagebüchern. Frankfurt 1963.
 Paulsen, F., 1895: Die Universitäten und der Umsturz. S. 245–260.
 Rammstedt, O., 1985: Zweifel am Fortschritt und Hoffen aufs Individuum: Zur Konstitution der modernen Soziologie im ausgehenden 19. Jahrhundert. Soziale Welt 36: 483–503.
 Rammstedt, O., 1987: Konstitution der Soziologie. Fernuniversität Hagen.
 Reichstag, 1894/95: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags. IX. Legislaturperiode. III. Session 1894/95. Band I. 1895. Berlin.
 Schäffle, A. E. Fr., 1895: Die drohende Gegenreform. S. 155–167.
 Scheu, R., 1898: Kinder des Positivismus. Die Zeit (Wien), Nr. 201 vom 6. 8. 1898: 92/93.

- Schluchter, W., 1980: Rationalismus der Weltbeherrschung. Frankfurt: Suhrkamp.
- Schmoller, G., 1893: Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode. Frankfurt 1949.
- Schmoller, G., 1897: Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Socialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre. S. 315–343 in: Über einige Grundbegriffe der Socialpolitik und der Volkswirtschaftslehre. 1898. Leipzig.
- Schultze, E., 1895: Die sozialwissenschaftliche Vereinigung. Die Zukunft 11: 466–470.
- Sigwart, Chr., 1873: Logik. Band I: Die Lehre vom Urteil, vom Begriff und vom Schluß. 5. Auflage 1924. Tübingen.
- Simmler, G., 1892: Einleitung in die Moralwissenschaft. Band I. Berlin.
- Simmel, G. 1893a: Einleitung in die Moralwissenschaft. Band II. Berlin.
- Simmel, G. (Ps: Paul Liesegang), 1893b: Infelices possidentes! Die Zukunft 3, 8. 4. 1893: 82–84.
- Simmel, G., 1896: Was ist uns Kant? II. Sonntagsbeilage Nr. 32 zur Vossischen Zeitung vom 9. 8. 1896.
- Sombart, W., 1933: Mein Leben und Werk. S. 428–435 in: B. vom Brocke (Hg.), 1987: Sombarts ‚Moderner Kapitalismus‘: Materialien zur Kritik und Rezeption. München: dtv.
- Soziologentag, 1910: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.–22. Oktober 1910 in Frankfurt a. M. Tübingen 1911.
- Soziologentag, 1965: Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages vom 28.–30. April 1965 in Heidelberg: Max Weber und die Soziologie heute. Tübingen.
- Spielhagen, F., 1895: Das Umsturzgesetz und die Dichtung. Die Zukunft 10: 366–373.
- Stöltzing, E., 1986: Akademische Soziologie in der Weimarer Republik. Berlin: Duncker & Humblot.
- Tönnies, F., 1895a: Ausnahmegesetze. Ethische Kultur 2: 278–279.
- Tönnies, F., 1895b: Über wahren und falschen Patriotismus. Ethische Kultur 3: 359.
- Tönnies, F., 1895c: Im Namen der Gerechtigkeit. Berlin.
- Tönnies, F., 1896: Sozialwissenschaften und Universitätsstudium (Schluß). Akademische Rundschau 1: 85–88.
- Tönnies, F., 1908: Entwicklung der Soziologie in Deutschland im 19. Jahrhundert. S. 63–103 in: Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jahrhundert. Festgabe für Gustav Schmoller. Leipzig.
- Tönnies, F./Paulsen, F., 1961: Briefwechsel 1876–1908. Hg. von O. Klose/E. G. Jacoby/I. Fischer. Kiel.
- Wagner, A., 1895: Mein Konflikt mit dem Großindustriellen und Reichstags-Abgeordneten Freiherrn von Stumm-Halberg. S. 301.
- Wagner, G., 1987: Geltung und normativer Zwang. Freiburg/München.
- Weber, M., 1895a: Die Kampfweise des Freiherrn von Stumm. Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung vom 26. 2. 1895.
- Weber, M., 1895b: Erklärung gegen die Umsturzvorlage. Die Hilfe 1, Nr. 9 vom 3. 3. 1895: 3/4.
- Weber, M., 1911: Beitrag zur Werturteilsdiskussion im Ausschuß des Vereins für Socialpolitik. S. 83–120 in: Äußerungen zur Werturteilsdiskussion. Als Manuskript gedruckt. O. D. 1913.
- Weber, M., 1917: Der Sinn der „Wertfreiheit“ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften. S. 489–540 in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 5. Auflage 1982. Tübingen.
- Weber, M., 1921: Soziologische Grundbegriffe. S. 541–581 in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. 5. Auflage 1982. Tübingen.
- Weber, Marianne, 1950: Max Weber. Ein Lebensbild. Heidelberg.
- Wiese, L. von, 1959: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Persönliche Eindrücke in den ersten 50 Jahren (1909–1959). Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 11: 11–20.
- Wolf, J., 1924: (Selbstdarstellung). In: F. Meiner (Hg.): Die Volkswirtschaftslehre der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig: Meiner.